

Schützenverband Hamburg und Umg. e.V. • Ehestorfer Heuweg 14a • 21149 Hamburg

SPD Fraktion Bremen
Herrn Björn Tschöpe
Wachstraße 27/29

28195 Bremen

Präsident: Lars Bathke
Vizepräsidenten: Dr. Eckard Mißfeld
Heinz-Heinrich Thömen
Schatzmeister: Peter Wiechers

Geschäftsstelle:
Ehestorfer Heuweg 14a
21149 Hamburg
Telefon: 040-796 23 88
Fax: 040-796 67 59

Reg.-Nr. 69VR5203
Gerichtsstand Hamburg
USt.-IdNr. DE 118718338

Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto-Nr. 1087 212 278

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom

Datum

nn

Sehr geehrter Herr Tschöpe,

mit großer Besorgnis haben wir der Presse entnommen, dass die SPD-Fraktion der Bremer Bürgerschaft eine Initiative zur Einführung einer hohen, sogenannten "Waffensteuer" als Aufwandsteuer ergriffen hat.

Im Namen unserer 20.000 Mitglieder, welche auch in der Nähe von Bremen ihre Heimat und Arbeitsstätte haben, teile ich Ihnen unsere Bedenken gegen Ihre Steuerpläne mit.

Die von Ihnen geplante Waffensteuer würde eine Vernichtung des Schießsportes in Bremen und im Umland bewirken. Sie trifft Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, also insbesondere auch die Stammwähler der SPD. Diese Menschen vertrauen auf den Fortbestand Ihrer Sportausübung, dies gehört zu Ihren Grundrechten. Wird die Sportausübung fiskalisch unmöglich gemacht, so sind diese Sporttreibenden Ihrer Grundrechte beraubt. Genau dieses darf nicht passieren.

Aus diesen und anderen Gründen, welche uns gutachterlich vorliegen, ist die von Ihnen geplante „Waffensteuer“ rechtlich nicht zulässig. Gern stellen wir Ihnen ein entsprechendes Gutachten zur Verfügung, wenn Sie dieses wünschen.

Die ordnungspolitischen Gesichtspunkte, welche Sie Ihrer Steueridee voranstellen, weisen auf die generelle Ablehnung von Schusswaffen und den Schießsport hin. Sie sollten aber bedenken, dass der Schießsport, damit auch die Sportgeräte, also Schusswaffen, dem anerkannten und auch dem olympischer Sport dienen.

Diesen zu besteuern ist völlig unzulässig. Dieses wird von uns sowie von den 1,5 Millionen Mitgliedern des Deutschen Schützenbundes, solidarisch mit den Bremer Schützen, so gesehen.

-1-





-2-

Der gute Weg, welchen wir in Hamburg beschreiten, mit der Verwaltung und der Politik eine Sicherheitspartnerschaft einzugehen, wird den Bremer Schützen von der SPD-Fraktion verwehrt. Damit stellen Sie aber den Grundgedanken eines gedeihlichen Miteinanders in Frage. Dieses zu ändern wäre ein Weg, der Ihrer ordnungspolitischen Vorstellung mehr dienlich wäre als der Beginn einer bundesweiten, rechtlichen Auseinandersetzung über Sportsteuern.

Gern stehen wir Ihnen für Gespräche hierüber zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen